

- ☐☐ **Hartz IV: Diskriminierung von Ehrenamt**

Das vom Arbeitsministerium vorgeschlagene neue Hartz IV-Gesetz, welches derzeit von einer Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses von Bund und Ländern diskutiert wird, sieht unter anderem auch vor, ehrenamtlich tätige Menschen in Zukunft schlechter zu stellen.

Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliches Engagement sollen künftig als Einkommen voll auf den Hartz-IV-Regelsatz angerechnet werden. Dies alles im sogenannten "Jahr des Ehrenamtes".

Bislang dürfen ehrenamtlich tätige Erwerbsarbeitslose von ihrem Honorar bis zu 175 Euro pro Monat behalten. Dies entspricht genau dem steuerlichen Freibetrag von 2100 Euro, den erwerbstätige Steuerzahler für ehrenamtliches Engagement behalten können. Betroffen sind auch viele Bürgermeister in den neuen Bundesländern, die diese Funktion ehrenamtlich ausüben, ansonsten jedoch auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Die Opposition kritisiert diese Planungen. Wer sich für die Gesellschaft engagiere, dürfe nicht "auch noch bestraft werden", so Manuela Schwesig, SPD-Vize und Sozialministerin

von Mecklenburg-Vorpommern, die als Verhandlungsführerin der "Hartz IV-Partei" an der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat teilnimmt, der über die Hartz IV-Reform berät. Die SPD hatte Hartz IV im Jahre 2005 eingeführt.

Auch der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert die Pläne der Bundesregierung als völlig inakzeptabel. Der Verband fordert ebenso wie auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund, die rechtliche Diskriminierung von Hartz-IV-Empfängern im Ehrenamt zu verhindern. "Sollte diese Regelung Gesetzeskraft erlangen, würde die Zwei-Klassen-Gesellschaft auch im Ehrenamt Einzug halten", warnt Eberhard Jüttner, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes.

"Statt froh zu sein, wenn Hartz-IV-Empfänger sich trotz ihrer schwierigen Lage für unser Gemeinwesen engagieren, manifestiert die Bundesregierung Ausschluss und Ausgrenzung", so Jüttner. Es sei geradezu grotesk, wenn ausgerechnet im Europäischen Jahr des freiwilligen Engagements die Bedingungen für das Ehrenamt verschlechtert würden. Nach Ansicht des Verbandes sei die jetzige Gesetzeslage beizubehalten.

- [□ □ Hamsterrolle statt Ehrenamt](#)

- [Der bürgerliche Feudalismus – Vom Arbeitskult zum Lohnkult](#)

- [Ein-Euro-Jobs: Spiegelbild eines machtpolitischen Dogmas](#)

- **Urteil gegen Hartz IV- und S21-Gegnerin**

Wegen angeblicher Vergehen gegen das Versammlungsrecht wurde gegen die Anmelderin der Montagsdemo gegen Hartz IV und Teilnehmerin einer Protestaktion gegen das Bahnprojekt "Stuttgart 21", Nuran Cakmakli, eine Geldstrafe in Höhe von 30 Tagess
ä

tzen zu je 40 Euro
, insgesamt also 1200 Euro
plus
"

Kosten des Verfahrens
"

und aller
"

Auslagen
"

festgesetzt. Dies berichtet das Stuttgarter Bündnis für Versammlungsfreiheit.

Der Vorwurf gegen Cakmakli lautet, bei zwei angemeldeten Kundgebungen in Bezug auf Lautstärke und Beschallungsrichtung des Lautsprechers (in zwei Fällen) und in einem dritten Fall bei der Wahl des Standorts Auflagen der Stadt nicht korrekt nachgekommen zu sein.

Dabei ist wichtig, dass die Auflagen der Stadt
gegen

ü

ber der Montagsdemo gegen Hartz IV regelm
äß

ig verlangen, nicht in Richtung Publikum auf der
K

ö

nigstra

ß

e, sondern in Richtung Rasen des
Schlossplatzes und

ü

berhaupt nur

"

den unmittelbaren Versammlungsbereich

"

zu beschallen.

Die Abweichung des Standorts vom in

der städtischen Auflage vorgeschriebenen Ort betrug nur wenige Meter. In der Vergangenheit stand Nuran Cakmakli bereits zweimal wegen Strafbefehlen wegen angeblicher Verstöße gegen das Versammlungsgesetz vor Gericht und hatte jedes Mal die Prozesse gewonnen

Ein weiterer Vorwurf ist der angebliche Aufruf nach einer Montagsdemo gegen Stuttgart 21 zur Fortsetzung des Protestes auf der Schillerstraße. Derartige spontane Demonstrationen nach der offiziellen Kundgebung des Aktionsbündnisses

ü

ndnisses gegen S 21 waren sehr häufig in den vergangenen Monaten.

Hier wird nun versucht, die der Stuttgarter Polizei von regelmäßigen Kontrollen her bekannte Anmelderin der Hartz IV-Montagsdemo, die bereits seit 2004 stattfindet, herauszugreifen und die Montagsdemo gegen Hartz IV finanziell zu schädigen, so das Stuttgarter Bündnis für Versammlungsfreiheit. Der Strafbefehle wurden im Einvernehmen mit der Montagsdemo gegen Hartz IV nicht angenommen.

- □ □ **EU empfängt Diktator**

Reporter ohne Grenzen (ROG) zeigt sich besorgt, dass der usbekische Präsident Islam Karimow am 24. Januar zum ersten Mal seit der Aufhebung der Sanktionen gegen sein Land in Brüssel zu Gast ist. Er werde dort unter anderem mit dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso zusammentreffen. Es sei schwer

zu verstehen, warum einem solchen Diktator diese Ehre zuteil wird, obwohl es seit dem Massaker von Andischan im Mai 2005 kaum Verbesserungen bei der Menschenrechtsslage gegeben habe.

Es sei zudem ein herber Rückschlag, dass, dem Besuchsprogramm nach zu urteilen, die dramatische Situation der Menschenrechte und die schwierige Lage der

Medien in dem zentralasiatischen Staat nicht zur Sprache kommen werden. „Dass offenbar noch nicht einmal eine Pressekonferenz geplant ist, unterstreicht den Eindruck, dass die EU-Politiker Karimow während seines Brüssel-Besuchs unangenehme Fragen ersparen wollen“, sagt ROG-Geschäftsführer Christian Rickerts. „Wir sind enttäuscht über diese Gefälligkeit.“

Der Entschluss der EU, Karimow auf höchster Ebene zu empfangen, passe zu ihrer früheren Entscheidung, die im Jahre 2005 nach dem Massaker von Andischan verhängten Sanktionen schrittweise wieder aufzuheben. Dabei sollte eigentlich eine unabhängige Kommission damit beauftragt werden, das Blutbad im Osten Usbekistans zu untersuchen, bei dem Regierungstruppen im Mai 2005 rund tausend Demonstranten erschossen haben.

In Usbekistan sind bis heute elf Journalisten inhaftiert. Unter ihnen ist auch der Journalist Salidschon Abdurachmanow, den Richter 2008 wegen angeblichen Drogenbesitzes zu zehn Jahren Haft verurteilt haben. Nach Einschätzung von ROG handelt es sich um eine manipulierte Anklage, die einen mutigen Journalisten mundtot machen sollte.

Zahlreiche andere Kollegen

mussten das Land verlassen, um der Unterdrückung durch das Regime zu entgehen.

Journalisten in Usbekistan müssen die Willkür der Behörden fürchten. Die Medien werden gegängelt, teilweise im Namen des Gesetzes und zum Teil durch Zynismus und Gewalt. Die deutsche ROG-Sektion hat wiederholt usbekische Journalisten vor Gericht gegen fadenscheinige Anklagen unterstützt.

ROG fordert die umgehende Freilassung aller in Usbekistan inhaftierten Medienmitarbeiter: Die gegen sie erhobenen Anschuldigungen sind absurd, sie sind lediglich der Erfüllung ihrer Berichts- und Informationspflicht nachgekommen. Dies sollte aus Sicht der Organisation zur Verteidigung der Pressefreiheit eines der wichtigsten Themen der EU-Gespräche mit Karimow sein. ROG zeigt sich enttäuscht, dass die EU, auf die Menschenrechtsaktivisten weltweit große Hoffnungen

setzen, darin versagt, Hüter
demokratischer Werte zu sein.

- □ □ □ Liberales
Freiheitsheuchler

- □ □

Untersuchungsbericht zu Bayer-Störfall

Die US-Aufsichtsbehörde
Chemical Safety Board (CSB)
veröffentlichte heute den
Untersuchungsbericht zum
schweren Störfall im
BAYER-Werk in Institute im
Jahr 2008. Das CSB kommt

zu dem Ergebnis, dass gravierende Sicherheitsmängel zu der Explosion führten. Bei dem Störfall, der die Erde in einem Umkreis von 10km beben ließ, waren zwei Mitarbeiter getötet wurden.

Die Fabrik in Institute gehörte in den 80er Jahren zu Union Carbide und galt

als „Schwester-Werk“ von Bhopal, da dort das in Bhopal ausgetretene Giftgas Methyl Isocyanat (MIC) in großen Mengen produziert und gelagert wird. Der Störfall in Institute ereignete sich beim Anfahren einer Produktionsanlage für Pestizide. Dabei waren laut CSB Sicherheits-Systeme bewusst außer Kraft gesetzt worden.

Der Bericht stellt zudem fest, dass nur glückliche Umstände die Beschädigung eines benachbarten MIC-Tanks durch die Explosion verhinderten. Dr. Rafael Moure-Eraso, Vorsitzender der CSB: „Ein Austritt signifikanter Mengen MIC hätte tödliche Folgen haben können. Diese Sorge wurde von Anwohnern legitimer

Weise seit Jahrzehnten
geäußert.“

Zu den Ursachen der
Explosion stellt
Moure-Eraso fest: „Der
Tod der Arbeiter ist umso
tragischer, als er hätte
vermieden werden können,
wenn Bayer eine
angemessene Schulung

der Mitarbeiter
vorgenommen, eine
umfassende Prüfung der
Anlagen vor dem
Hochfahren
vorgeschrieben und eine
strikte Einhaltung der
Arbeitsabläufe
gewährleistet hätte.“

Der Bericht kommt zu dem

Ergebnis, dass die Werksleitung auf ein schnelles Anfahren der Anlage gedrängt hatte, damit keine Engpässe bei der Produktion des Pestizids Larvin entstehen. Der Untersuchungsbericht stellt zudem fest, dass die Programmierung der Computer-Steuerung nicht fertiggestellt war und die MIC-Messgeräte an der

Anlage nicht funktionierten.

Ein Untersuchungsbericht
des US-Kongress kam im
Vorjahr zu dem Urteil:

„Durch die Explosion flog
ein mehrere Tonnen
wiegender

Rückstandsbehälter 15
Meter durch das Werk und
zerstörte praktisch alles

auf seinem Weg. Hätte dieses Geschoss den MIC-Tank getroffen, hätten die Konsequenzen das Desaster in Bhopal 1984 in den Schatten stellen können.“ BAYER hatte nach dem Störfall versucht, Bürgerinitiativen und kritische Journalisten in der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

Der US-Kongress urteilte hierzu: „BAYER beteiligte sich an einer Geheimhaltungskampagne . Die Firma hat den Sicherheitskräften entscheidende Informationen vorenthalten, hat den Ermittlern der Bundesbehörden nur eingeschränkten Zugang zu Informationen gewährt,

hat die Arbeit von Medien und Bürgerinitiativen unterminiert und hat die Öffentlichkeit unrichtig und irreführend informiert.“

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) forderte bereits vor der Explosion im April 2008 eine Beendigung der

MIC-Produktion in Institute und hatte hierzu wiederholt Gegenanträge zur BAYER-Hauptversammlung eingereicht. Der BAYER-Vorstand wies das Ansinnen bislang stets als „unbegründet“ zurück. In einer Kehrtwende kündigte BAYER in der vergangenen Woche an, die MIC-Produktion bis zum Sommer 2012 zu

beenden.

Philipp Mimkes vom
Vorstand der CBG: „Die
Beendigung der
MIC-Produktion ist ein
großer Erfolg von
Umweltschützern und
Werks-Anwohnern nach
einem über 25-jährigen
Kampf. BAYER muss nun

sicherstellen, dass die Mitarbeiter angemessene Ersatz-Arbeitsplätze erhalten. Zudem fordern wir grundsätzlich, dass die chemische Industrie auf den großtechnischen Einsatz tödlicher Chemikalien wie MIC und Phosgen verzichtet.“ Die CBG fordert zudem strafrechtliche Ermittlungen gegen die Werksleitung

wegen des vermeidbaren
Tods der Mitarbeiter.

- Der CSB
Untersuchungsbericht

- [Weitere Informationen zur Kampagne](#)

- Leverkusen mit Auswärtssieg

Am Sonntag kletterte Bayer 04 Leverkusen in der Männer-Bundesliga zurück auf den zweiten Platz. Die Werkself gewann in

Mönchengladbach mit 3:1. In der zweiten Halbzeit feierte Michael Ballack nach längerer Verletzungspause sein Comeback. Leverkusen liegt elf Punkte hinter Spitzenreiter Dortmund zurück.

Gladbach bleibt
Tabellenletzter mit
sechs Punkten
Rückstand auf einen
Relegations- und
Nichtabstiegsplatz. Im
zweiten Sonntagsspiel
trennten sich 1899
Hoffenheim und St. Pauli
2:2 Unentschieden. St.
Pauli belegt mit 19

Punkten den
Relegationsplatz.
Hoffenheim rangiert in
der Tabelle vier Punkte
hinter dem SC Freiburg
und dem Hamburger SV
auf Rang Acht.

Geschrieben von: Baraka

Sonntag, den 23. Januar 2011 um 23:37 Uhr

{jcomments on}